

Union in Deutschland

Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Verlag und Vertrieb: Bonn, Argelanderstraße 173. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV, Zimmer 48 (Tel. 21408), Görresstraße

Nr. 49

Bonn, den 27. Juni 1956

X. Jahrg.

Konjunkturdebatte im Bundestag

von Dr. Fritz Hellwig, MdB

Im Bundestag wurde von der Bundesregierung durch Wirtschaftsminister Prof. Erhard ein Konjunkturprogramm bekanntgegeben, das eine gewisse Eindämmung der Hochkonjunktur und eine Stabilisierung von Preisen und Löhnen zum Ziele hat. Zollsenkungsmaßnahmen wurden sofort beschlossen.

Die sehr lebhaft geführte Debatte, die fortgesetzt wurde, gab Dr. Adenauer die Gelegenheit, gegenüber Vorwürfen der Opposition noch einmal Stellung und Verantwortung des Bundeskanzlers in der Verfassung genau zu präzisieren: Gesamtverantwortung des Bundeskanzlers vor dem Parlament, daher auch die Notwendigkeit, die einheitliche Linie der Politik den Bundesministern gegenüber zu sichern. In nachstehendem Beitrag berichtet der Sprecher der CDU/CSU-Fraktion über den Fragenkomplex der Konjunkturpolitik:

Im Mittelpunkt der Beratungen stand eine Erklärung der Bundesregierung, die zur Wirtschaftslage Stellung nahm und gleichzeitig ihr zweites Konjunkturprogramm bekannt gab. Das erste Konjunkturprogramm war bei der Berliner Sitzung des Bundestages im Oktober des vergangenen Jahres verkündet worden. Gleichzeitig wurden „Große Anfragen“ der SPD — und der FDP-Fraktion zur Konjunkturpolitik behandelt. Der Wortlaut dieser Anfragen der beiden Oppositionsparteien läßt erkennen, daß diese Parteien über das Thema der Konjunkturpolitik hinaus auf eine allgemeine politische Auseinandersetzung hinarbeiteten. Das war im Interesse der konjunkturpolitischen Beratung zu bedauern. Gerade bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und der einzuschlagenden Konjunkturpolitik sollte man sich eher vor Übertreibungen und vor politischen Verzerrungen hüten.

Die öffentliche Diskussion um die Konjunkturpolitik hat in den letzten Wochen durch Übereifer und Widersprüche den Eindruck aufkommen lassen, als ob in unserer wirtschaftlichen Lage eine entscheidende Wendung zum Schlechten eingetreten, und als ob insbesondere die Stabilität der deutschen Währung gefährdet sei. Es ist nur zu begrüßen, wenn nunmehr vor dem Bundestag die Bundesregierung und die Sprecher der Fraktionen einmal klarstellten, worum es in der jetzigen Konjunkturdebatte eigentlich geht. Dabei konnte von der Bundesregierung wie von den Sprechern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion klar dargelegt werden, daß die Stabilität der Deutschen Mark keinesfalls bedroht ist, und daß alle Maßnahmen der Bundesregierung, der Bank Deutscher Länder und der Wirtschaftspolitik der CDU/CSU auf die weitere Sicherung des Wertes der Deutschen Mark hinauslaufen. Die CDU/CSU hat in den bisherigen internen Beratungen der Partei bei Gelegenheit des Stuttgarter Parteitag und in der Bundestagsfraktion zur Vorbereitung der jetzigen Debatte eindeutig herausge-

stellt, daß die Ziele ihrer Wirtschaftspolitik folgende sind und auch in Zukunft sein werden:

1. Gesunde Währung,
2. Fortsetzung einer gleichmäßigen wirtschaftlichen Entwicklung,
3. bleibende Vollbeschäftigung,
4. weitere Konsolidierung der Unternehmungen in der Wirtschaft.

In den bisherigen Beratungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde herausgearbeitet, daß der Konjunkturstand weder in allen Zweigen der deutschen Volkswirtschaft noch in allen deutschen Ländern und Bezirken einheitlich ist. Überhitzungserscheinungen an einigen Schwerpunkten der industriellen Produktion und der privaten und öffentlichen Bautätigkeit stehen Rückstände in anderen Bezirken wie im Zonengrenzgebiet gegenüber. Alle Zweige der Wirtschaft und alle Bezirke aber werden mehr und mehr von den Schwierigkeiten erfaßt, die die wachsende Verknappung der Arbeitskräfte mit sich bringen.

Die deutsche Wirtschaft hat als Ergebnis der planmäßig von der Wirtschaftspolitik der CDU/CSU angestrebten wirtschaftlichen Expansion den Zustand der Vollbeschäftigung erreicht. In einzelnen Bezirken kann der Bedarf an Arbeitskräften nicht mehr gedeckt werden. Der Zustand der Vollbeschäftigung ist im Zeichen der Hochkonjunktur erreicht worden. Das hat seit einem Jahr seinen Ausdruck gefunden in kräftigen Lohn-erhöhungen, die die Zuwachsrate der letzten Jahre überstiegen haben. Während noch im letzten Sommer die starke konjunkturelle Belebung überwiegend auf eine Steigerung der Investitions- und Bautätigkeit zurückzuführen war, ist in diesem Frühjahr eine erneute konjunkturelle Belebung von der gestiegenen Nachfrage an Konsumgütern ausgegangen. Man kann von einer Verbrauchswelle sprechen, die die Investitionswelle des Vorjahres abgelöst hat. Daher ist eine akute Aufgabe, An-

gebot und Nachfrage im Gleichgewicht zu halten, d. h. der gestiegenen Nachfrage auch ein größeres Güterangebot gegenüberzustellen. Das Güterangebot soll vermehrt werden durch eine erneute Erleichterung der Einfuhr durch Zollsenkungen, sowie durch weitere Anstrengungen zur Hebung der Leistungskraft der deutschen Betriebe. Gleichzeitig aber soll durch verschiedene Maßnahmen eine übersteigerte Nachfrage gemindert werden. Das gilt einmal für die Bautätigkeit, wo — je nach der jeweiligen Lage am Baumarkt — eine stärkere Zurückhaltung im Bau von Repräsentations- und Verwaltungsbauten angestrebt wird. Die Bevölkerung soll durch kräftige steuerliche Anreizmittel veranlaßt werden, einen wachsenden Anteil ihrer Kaufkraft in Ersparnissen anzulegen. Die Bildung von Kapitalvermögen bei den breitesten Schichten der Bevölkerung und in allen Bereichen der Wirtschaft wird als eine wesentliche Voraussetzung für die Stabilisierung der guten Konjunktur angesehen. Allen Instanzen der öffentlichen Hand wird dringend nahe gelegt, sich in dem Gebrauch ihrer hohen Steuereinnahmen für Investitionen größte Zurückhaltung aufzuerlegen.

Bundestagsfraktion schlägt vor

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat bei diesen Erörterungen mehrfach ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, auch das von ihr beantragte allgemeine Steuerentlastungsprogramm in der dem Bundestag vorliegenden Form baldigst zu verabschieden. Die Fraktion ist der Meinung, daß die steuerliche Entlastung, die allen Steuerzahlern zugute kommen soll, einen wesentlichen Beitrag zur Festigung der konjunkturellen Lage leisten wird, in dem die Bildung von Sparkapital ebenso wie die Verbesserung der Kapitalausstattung gerade der Mittel- und Kleinbetriebe das Ergebnis dieser steuerlichen Entlastung sein wird.

Die Fraktion hat sich ausgiebig mit den Lohn- und Preisbewegungen befaßt. Bei aller Anerkennung für die Tariffreiheit der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften hält sie es doch für erforderlich, die Sozialpartner an ihre Mitverantwortung für die Preisstabilität und damit für die Kaufkraftsicherung bei der gesamten Bevölkerung zu erinnern. Lohn- und Arbeitszeitfragen sollten nur unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Gesamtlage behandelt und entschieden werden. Arbeitgeber und Gewerkschaften wird der weitere Ausbau der freiwilligen Schiedsgerichtsbarkeit dringend nahegelegt.

Dem Arbeitsmarkt können nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion noch Reserven zugeführt werden durch

den Einsatz solcher Arbeitskräfte, die nicht vollbeschäftigt werden können oder die nur beschränkt einsatzfähig sind. Die Unternehmer sollten hier prüfen, inwieweit sie durch Verlagerung von Betrieben in sogenannte Notstandsgebiete und durch innerbetriebliche Dispositionen diese Reserven nutzbar machen können.

Bei allen Maßnahmen der Konjunkturpolitik sollte beachtet werden, daß die Konjunktur nicht überall gleich-

mäßig ist. Generelle Maßnahmen können unter Umständen notwendig sein, wie in der Geld- und Kreditpolitik und bei den Einfuhrzöllen. Sie sollten aber in ihrer Wirkung auf schwächere Bereiche sorgfältig beobachtet und dann durch Sondermaßnahmen korrigiert werden. Für die Bundesregierung ist daher auch eine Ermächtigung vorgesehen, von den jetzt vorzunehmenden Zollsenkungen in begründeten Fällen Ausnahmen zuzulassen.

Parteitage im Zeichen der Außenpolitik

Das vergangene Wochenende brachte eine weitgehend schon im Zeichen des Wahlkampfes stehende parteipolitische Aktivität. Auf den verschiedenen Parteitagen standen die Außenpolitik und die Forderung nach verstärkter politischer Betätigung in der Wiedervereinigungsfrage im Vordergrund.

Die „Freie Volkspartei“ war auf ihrem Gründungsparteitag bemüht, ein politisches Profil durch Bekanntgabe ihrer programmatischen Forderungen und durch Abgrenzung vor allem nach der Dehler-FDP hin sowie gegenüber der SPD und der Gewerkschaftspolitik, aber auch gegenüber der CDU herauszuarbeiten. Eine klare außenpolitische Linie in Ablehnung an die Westmächte und gestützt auf die Verträge, eine verstärkte Verhandlungsaktivität auf dieser Grundlage auch mit Moskau wurden verlangt. Jede „Annäherung an die Tyrannei“ wurde dabei als Verrat an der Freiheit und Gefährdung der Sicherheit abgelehnt. Innenpolitisch wurde der Anspruch, als einzige wirklich liberale Partei zu gelten, gestellt. Gegenüber der Union wurde die Abgrenzung in einer Kritik der föderalistischen Staatsstruktur gesucht, wobei vor allem eine Reform des Bundesrates verlangt wurde. Das Recht „für alle, die ihre Politik von christlichen Grundsätzen bestimmen lassen, sich christlich zu nennen“, ist jedoch auch in der Union niemals weder theoretisch noch praktisch bestritten worden. (Siehe auch jüngste Ausführungen Dr. Adenauers in Düsseldorf.) Das entscheidende Wort zur Weiterentwicklung der neuen, organisatorisch sehr zentral geführten Partei wird von den Wählern gesprochen werden. Der Erfolg dürfte davon abhängen, ob es gelingt, noch rechtzeitig organisatorisch und propagandistisch an diese Wähler heranzukommen.

Im Spannungsfeld der liberalen Auseinandersetzung spielte sich auch der Berliner Parteitag der FDP ab. Das vorhergegangene Ausscheiden des bisherigen Landesvorsitzenden Schwenicke und seiner Freunde, die die Schwengung in der FDP gegen ihre bisherige Politik und zur Dehler-Partei nicht mitmachen wollten, hat die inneren Gegensätze gerade im Berliner Liberalismus so deutlich hervortreten lassen, daß auch die Umgestaltung der Berliner Parteiführung die wirklichen Schwierigkeiten kaum überbrückt haben dürfte. Der Berliner Parteitag wurde im wesentlichen mit den bekannten Angriffen gegen die Politik und Person des Bundeskanzlers bestritten. Auch hier wird die Entscheidung der Wähler den Ausschlag geben, da wahrscheinlich der bisherige Parteivorsitzende Schwenicke mit seinen Freunden die Stoßkraft der auch in Berlin in Erscheinung tretenden FVP verstärken wird.

Eine äußerst bedenkliche Entwicklung von grundsätzlicher Tragweite zeigte der

Parteitag des BHE in Fulda. Die radikalen Kräfte unter Führung von Seiboth und Feller haben ganz unmißverständlich die Abkehr von der bisher einmütigen Haltung aller Bundestagsparteien gegenüber Pankow und seiner von Moskau gesteuerten Aufweichungspolitik gefordert. Was hier unter dem Motto „Gesamtdeutscher Rat“ gefordert wird, die Schaffung eines Gremiums, in welchem Vertretungen der bundesdeutschen Parteien und der Pankower Pseudoparteien nebeneinander sitzen sollen, ist genau das, was Pankow-Moskau jahrelang propagierte. In der Praxis würde das die Gleichwertung und Gleichberechtigung der beiden staatlichen Gebilde bedeuten. Die Moskauer Parole von den zwei Staaten würde dadurch legitimiert werden. Damit würden die vier Mächte weitgehend aus ihrer Verpflichtung entlassen werden, ohne daß irgendeine Aussicht besteht, auf dem Wege solcher Verhandlungen, die jahrelang hingezogen werden könnten, praktisch vorwärts zu kommen. Ein Ergebnis würde nur dann zu erwarten sein, wenn die Forderungen nach einer Sicherung der Pankower „Errungenschaften“ erfüllt würden. Dann wäre der

Weg zur Bolschewisierung Gesamtdeutschlands frei. Die Unterstützung der Bundesrepublik und ihr Schutz durch den Westen wären aufs Äußerste gefährdet. Die Vertreter der Sowjetbotschaft auf der Zuhörertribüne dürften befriedigt nach Bonn zurückgekehrt sein. Die Wähler des BHE, die zum großen Teil selbst ihre Erfahrungen mit den östlichen Methoden gemacht haben und die sicherlich die Gefahren einer solchen Entwicklung besonders deutlich sehen, dürften kaum diesem Ausbrechen ihrer Führung aus der politischen Linie des Deutschen Bundestages zu folgen geneigt sein. Auch die zweideutige Haltung des BHE in der Wehrfrage dürfte bei den BHE-Anhängern nur geringes Verständnis finden.

Auf der Tagung des Landesausschusses der CSU in Bayreuth warnte Dr. Seidel nachdrücklich vor Illusionen gegenüber den neuen Methoden des Kremls. Er nannte das Festhalten Moskaus an den unrechtmäßigen Eroberungen in Osteuropa sowie in Ost- und Mitteldeutschland eine permanente Form der Aggression. Die Möglichkeiten einer aktiven deutschen Ostpolitik sah er in einer deutschen Bereitschaft an die Sowjetunion zu Konzessionen auf wirtschaftlichem Gebiete und in ähnlicher Richtung, etwa so, wie die Wiedereingliederung der Saar Frankreich gegenüber erkaufte werden mußte. Wie auch der Bundeskanzler verschiedentlich betont hat, muß, so führte Dr. Seidel aus, Sowjetrußland die Lösung der deutschen Frage als im eigenen nationalen Interesse liegend verständlich gemacht werden. Der Versuch ist notwendig, für deutsche Sicherheitsgarantien und damit für die Stabilisierung eines wirklichen Friedenszustandes und eines freundschaftlichen Verhältnisses auch in Moskau Verständnis zu erringen.

Die Untimidiertheit zwischen dem Bundesfinanzminister und dem Bundeskanzler vor allem in der Frage der Stationierungskosten sollen im Wege persönlicher Besprechungen in Bonn geklärt werden.

Altersversorgung des Handwerks

Der Gesetzentwurf über die Altersversorgung im Handwerk ist von den beteiligten Bundestagsausschüssen abschließend beraten worden und soll vom Bundestagsplenum noch vor den Sommerferien in zweiter und dritter Lesung verabschiedet werden. Der Gesetzentwurf sieht eine Vergütung von 75 Millionen DM vor, die der Bund der Angestellten-Versicherung für ihren Leistungsaufwand bzw. für die Verpflichtungen, die ihr durch die Erhaltung der Anwartschaft nach diesem Gesetz entstehen, zahlen soll.

Nach Inkrafttreten des Gesetzes wird sich für die Handwerker folgende Lage ergeben:

1. Die Handwerker, die ihre gesetzliche Versicherungspflicht mit einer privaten Lebensversicherung erfüllt und dann nach der Währungsreform ihre Versicherung nicht in der vorgeschriebenen Weise aufgestockt haben, bekommen bis Ende 1956 Zeit, entweder ihre private Versicherung ab 1957 vorschriftsmäßig aufzustocken oder ab 1957 der Angestelltenversicherung anzugehören.

2. Soweit Handwerker der Angestelltenversicherung unterste-

hen (sich also nicht durch eine private Lebensversicherung von der Angestelltenversicherung befreit haben), erhalten sie wegen ihrer Beitragsrückstände und der Aufrechterhaltung ihrer Anwartschaften eine entgegenkommende Übergangsregelung. Die bis Ende 1953 aufgelaufenen Beitragsrückstände werden in voller Höhe erlassen. Für die seit Anfang 1954 eingetretenen Beitragsrückstände wird bis zum 1. 1. 1957 ein Beitreibungsschutz gewährt, danach können sie in Teilzahlungen beglichen werden. Die bisher von den Handwerkern in der Angestelltenversicherung erworbenen Anwartschaften bleiben erhalten.

3. Für gewisse ältere Handwerker ist die Möglichkeit vorgesehen, daß sie sich von der Versicherungspflicht befreien lassen.

An eine Aufhebung des Mieterschutzes kann nach Auffassung zuständiger Kreise der CDU/CSU-Fraktion erst nach der Schaffung von 1,8 Millionen Wohnungen des Sozialen Wohnungsbaues nach dem Familienheimgesetz (bis 1962) gedacht werden.

A IV 3 b Allgemeine Wirtschaftspolitik

Erhards Konjunkturprogramm

Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard legte dem Parlament ein Konjunkturprogramm vor. Es sieht Maßnahmen zur Förderung der Spartätigkeit, Senkung der Gesamtnachfrage, Förderung der Einfuhr, Ausgleich des Arbeitsmarktes und andere Korrekturen in der Wirtschaftspolitik vor. Die wichtigsten Punkte des Konjunkturprogrammes sind:

1. Drosselung der öffentlichen Investitionen, besonders der Bauvorhaben, um 10 Prozent.
2. Stärkere Förderung des Sparens durch Steuerbegünstigung.
3. Neuregelung des Teilzahlungswesens durch Einführung von Mindestraten.
4. Förderung der Einfuhr durch die Verlängerung bereits bestehender und die Einführung neuer Zollsenkungen, die preisstabilisierend wirken sollen.
5. Verhinderung eines weiteren Anwachsens der enormen Exportüberschüsse durch die Beseitigung der bisherigen Exportförderungsmaßnahmen.
6. Ausgleich des Arbeitsmarktes durch die Anwerbung weiterer ausländischer Arbeitskräfte.
7. Ermahnung der Sozialpartner, weitere Lohn- und Preisforderungen zu unterlassen.
8. Ausgeglichene Haushaltspolitik.

Mit Rücksicht auf die Rationalisierungserfordernisse der Wirtschaft, so führte Erhard aus, wolle die Bundesregierung jedoch noch keine einschränkenden Schritte bei den steuerbegünstigten Abschreibungen unternehmen. Sie werde lediglich einen ersten Appell an die Unternehmer richten, ihre Investitionen sorgfältig zu erwägen. Im übrigen werde sie die Markt-, Preis- und Lohnentwicklung beobachten. Für Wirtschaftszweige, die von den Maßnahmen des Konjunkturprogrammes besonders hart betroffen würden — Erhard erwähnte Landwirtschaft und Vertriebenwirtschaft als Beispiele —, seien Sonderregelungen vorgesehen.

27. Juni 1956

A IV 1 f Kirchen

Tagung

der Hermann-Ehlers-Gesellschaft in Düsseldorf

Auf einer Veranstaltung der Hermann-Ehlers-Gesellschaft in Düsseldorf sprachen Bundeskanzler Dr. Adenauer und der Hannoversche Landesbischof Dr. Lilje über die Verantwortung der Kirchen und Konfessionen im politischen Raum. Dr. Adenauer brachte an beide Kirchen seinen Dank zum Ausdruck „für ihre Tätigkeit, damit die Gemeinschaft unseres Volkes allen äußeren Gewalten zum Trotz erhalten bleibt“. Er bekannte sich zu der Hoffnung, daß gerade auch durch die Tätigkeit der Kirchen der Tag der staatlichen Gemeinschaft unseres Volkes wiederkommen werde. Die Schaffung einer gemeinsamen Basis der Zusammenarbeit beider Konfessionen für die politische Arbeit erklärte Dr. Adenauer für richtig und notwendig, vor allem angesichts der Gefahr, die dem Christentum vom Materialismus drohe. Der Kampf zwischen Christentum und Materialismus werde noch lange die Erde beherrschen. Die CDU beanspruche aber nicht für sich allein, Christen in ihren Reihen zu haben, sie spricht auch nicht den Mitgliedern anderer Parteien das Christsein ab. Die politische Gemeinschaft zwischen Christen beider Konfessionen handelt auch niemals an Stelle der Kirche. Sie übt auch keinen Einfluß oder Druck auf die Kirchen aus. Dr. Adenauer wandte sich mit Entschiedenheit gegen die Intoleranz, deren etwaige Erscheinungsformen zum Gegenstand der Aussprache gemacht und behoben werden müssen. Landesbischof Lilje sprach sich mit einem ausdrücklichen Hinweis gegen ein „falschentwickeltes Evangelisches Verantwortungsgefühl“ aus und betonte, daß dies genau solche Beachtung verdiene wie die politische Lethargie unter evangelischen Christen. In beiden Fällen sei mit dem Glauben etwas nicht in Ordnung. Es führe zu Fehlentwicklungen, wenn politische Einzelentscheidungen verabsolutiert und als einzige Lösung angesprochen würden. Erste politische Funktion der Kirche sei die Predigt von Christus und den zehn Geboten. Wo die Scheidelinie zwischen Evangelium und realen Entscheidungen des Staatsbereichs verletzt würde, könne „die Kirche ihren Dienst nicht mehr recht tun.“ Lilje wies außerdem auf

die Verpflichtung des politischen Protestantismus hin, die sozialen Aufgaben der Gegenwart neu und souverän anzufassen. Er warnte davor, Toleranz mit Indifferenz zu verwechseln und erklärte, daß die paritätische Behandlung der Konfessionen im politischen Leben „bei Noblesse auf beiden Seiten, bei redlichem Willen und bei wirklichem Ernstnehmen des Partners“ keine Schwierigkeiten bereiten dürfe.

(Über die Rede des Bundeskanzlers wird im Informations teil der nächsten Nummer eingehend berichtet.)

27. Juni 1956

A III k Übrige Parteien

Gründungsparteitag der Freien Volkspartei

Die neue liberale Partei, die Freie Volkspartei, wurde am 23./24. Juni in Bochum offiziell gegründet. Die Partei ist aus der Spaltung der FDP hervorgegangen. Zum Vorsitzenden wurde Bundeswohnungsbauminister Dr. Preusker gewählt. Stellvertreter wurden Bundesminister Dr. Schäfer und Dr. Entholt (Bremen), Vizekanzler Blücher wurde zum Vorsitzenden des Programmausschusses gewählt. Außenpolitisch ergab sich eine völlige Übereinstimmung mit den Ansichten der Bundesregierung. Innenpolitisch gibt es Unterschiede zur CDU, in der Kulturpolitik und in der Ablehnung des Föderalismus. Ein Regierungsbündnis mit Sozialdemokraten, Freien Demokraten oder den Block der Heimatvertriebenen bezeichnete Preusker für die Gegenwart als Unding.

27. Juni 1956

A IV f Kirchen

Brentano:

Bundesregierung hält an Reichskonkordat fest

Zur Frage der Rechtsgültigkeit des Reichskonkordates hat Bundesaußenminister von Brentano in der Bundestags-sitzung vom 30. Mai erklärt, daß die Bundesregierung an der Gültigkeit des Konkordats festhalte und daß das Konkordat auch heute noch anzuwenden sei. Prof. Dr. Maunz hat im Karlsruher Konkordatsprozeß die Erklärung abgegeben, daß die Bundesregierung selbstverständlich nach Erklärung der Gültigkeit des Konkordats bereit sei, mit dem Hl. Stuhl über eine Reihe von Fragen, die mit der Konkordatspolitik in Verbindung ständen, zu verhandeln und dabei auch die Interessen und Auffassungen der Länder zu vertreten. Nachdem kürzlich Ministeraldirektor Prof. Dr. Grewe sich in einer Pressekonferenz zu diesem Fragenkomplex auf Anfrage einiger Journalisten geäußert hat und diese Äußerungen mißverstanden worden sind, hat die KNA bei Außenminister von Brentano Informationen eingezogen. Sie hat dabei die offizielle Auskunft erhalten, daß die Bundesregierung an den Erklärungen von Außenminister von Brentano und Prof. Maunz festhalte.

27. Juni 1956

C b CSU

CSU-Bundesausschuß tagte

Anläßlich einer Sitzung des CSU-Landesausschusses in Bayreuth wurde beraten, wie sich die CSU angesichts der Kontroverse zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und Bundesfinanzminister Schäfer verhalten soll. Von der CSU-Landesleitung wurde die Hoffnung ausgesprochen, „daß der Bundeskanzler die Überzeugung gewinnt, daß für die CSU die volle Rehabilitierung Schäfers gleichbedeutend sei mit ihrem Verbleiben in der Koalition“. Vor dem CSU-Landesausschuß hatte der Landesvorsitzende der CSU in Bayern, Dr. Hanns Seidel, eine „elastische Fortsetzung“ der bisherigen Außenpolitik der Bundesregierung gefordert. Es wäre selbstmörderisch, wenn alles das, was durch die bisherige konsequente Außenpolitik des Bundeskanzlers erreicht wurde, durch Leichtsinn wieder aufs Spiel gesetzt würde. „Wir können uns deshalb auch nicht vom Kampf mancher Leute gegen den Bundeskanzler anstecken lassen, auch wenn uns einmal eine Maßnahme oder eine Äußerung des Bundeskanzlers nicht gefällt“. Eine Wiedervereinigungspolitik müsse ohne vorzeitige Konzessionen gegenüber der Sowjetunion geführt werden. Die von der Sowjetunion augenblicklich betriebene Politik der „lächelnden Koexistenz“ bezeichnete Dr. Seidel als politische Taktik auf Zeit. „Die Weltrevolution war und ist das ständige Ziel der kommunistischen Strategie“.

27. Juni 1956

A IV c Wiedervereinigung Deutschlands

Bonn bezweifelt Chruschtschew-Dementi

Die Bundesregierung hat am 22. Juni zu der TASS-Erklärung Stellung genommen, in der der Kreml eine Erläuterung der Äußerungen Chruschtschews zur Deutschlandfrage gibt.

Das TASS-Dementi zeigte, so heißt es in der Erklärung, das die Sowjetunion entgegen ihren moralischen und völkerrechtlichen Verpflichtungen die Wiedervereinigung Deutschlands absichtlich verhindere. Die Bundesregierung kommt zu diesem Schluß, weil wiederum der sowjetische Standpunkt vertreten worden sei, es gebe keinen anderen realen Weg für die Wiedervereinigung als direkte Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow.

Die Behauptung, daß infolge der Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der „DDR“ durch die Bundesrepublik das Deutschlandproblem in eine Sackgasse geraten sei, wird zurückgewiesen und festgestellt: Damit setzt sich die Sowjetregierung auch in offenen Widerspruch zu der Genfer Direktive der vier Regierungschefs vom 23. Juli 1955, in der ausdrücklich die gemeinsame Verantwortung der vier Mächte für die Wiedervereinigung Deutschlands anerkannt ist und die gemeinsame Auffassung zum Ausdruck kommt, daß die Wiedervereinigung durch freie Wahlen vollzogen werden muß.

27. Juni 1956

VI Sowjetisch besetzte Zone

Sowjetzone meldet: 691 Entlassungen

Das Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland“, veröffentlichte am 21. Juni eine Mitteilung des Sowjetzonen-Pressesamtes zu den Haftentlassungen in der Sowjetzone. Danach sind 691 Häftlinge, die früher oder jetzt der SPD angehörten, bis zum 19. Juni aus den Haftanstalten entlassen worden.

Bei 11 896 Personen, die wegen krimineller und anderer Vergehen ihre Strafe verbüßten, beschlossen der Präsident und die Regierung Freilassung durch Begnadigung oder durch bedingte Strafaussetzung. Bei 3 169 anderen Personen, so heißt es weiter, die wegen geringfügiger Vergehen Strafen bis zu einem Jahr erhalten hatten, wurde die Strafverbüßung ausgesetzt.

In den Haftanstalten der Sowjetzone befinden sich nach der Mitteilung des Pressesamtes noch elf Kriegsverurteilte, die in Konzentrationslagern besonders schwerwiegende Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hätten. Bis zum 19. Juni seien 3 308 der von den sowjetischen Organen übergebenen Kriegsverurteilten freigelassen worden.

Zu den sowjetzonalen Angaben erklärte Bundesminister Kaiser am 21. Juni, man dürfe erwarten, daß die angekündigte weitere Überprüfung der Gefangenen umgehend und umfassend erfolge. Er begrüßte die jetzt laufende Entlassungsaktion und forderte baldige Freiheit für alle politischen Gefangenen, die wegen sogenannter Wirtschaftsvergehen vielfach zu unmenschlichen Strafen verurteilt wurden.

SPD-Mitglieder stellten am 21. Juni in Bonn fest, Pankow habe bei weitem nicht alle Sozialdemokraten entlassen, die wegen ihrer politischen Gesinnung verhaftet worden seien.

27. Juni 1956

A IV 13 b Wehrdienstgesetzgebung

Kriegsdienstverweigerer soll Ersatzdienst leisten

Kriegsdienstverweigerer sollen Ersatzdienst leisten, darauf einigten sich Verteidigungs- und Rechtsausschuß des Bundestages bei ihren Beratungen über das Wehrpflichtgesetz. Bei der ersten Lesung dieses Gesetzes, die der Verteidigungsausschuß am 23. Juni beendete, wurde auch besprochen, wie weit bestimmte Berufsgruppen die Zeit für den Wehrdienst selbst wählen sollen.

Die sozialdemokratischen Ausschußmitglieder beteiligten sich an der Debatte unter dem Vorbehalt, daß sie das Wehrpflichtgesetz aus grundsätzlichen politischen Erwägungen ablehnen würden. Das verfassungsmäßige Recht der freien Gewissensentscheidung dürfe für Kriegsdienstverweigerer nicht so eingeengt werden, wie es die Regierungsvorlage wünsche. Nach Ansicht der SPD sollte die Erklärung, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, sowohl vor der Einziehung zur militärischen Grundausbildung als auch während der Gesamtdauer der Wehrpflicht abgegeben werden können.

27. Juni 1956

A III h BHE

Von Kessel wieder BHE-Vorsitzender

In Fulda wählte der vierte Bundesparteitag des BHE den niedersächsischen Landwirtschaftsminister von Kessel erneut zum Vorsitzenden. Stellvertreter wurden Frank Seiboth (Frankfurt/Main), Alfred Gille (Lübeck) und Staatssekretär Willi Guthsmuth (München). In der Diskussion wurde ein erneutes Zusammengehen mit dem Bundeskanzler in der Bonner Koalition abgelehnt. Der BHE forderte eine elastischere Außenpolitik und trat für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblockstaaten und einen „Gesamtdeutschen Rat“ zusammen mit sogenannten Parteidelegierten ein. Ein Botschafteraustausch wird lediglich davon abhängig gemacht, daß Polen und die Tschechoslowakei hinsichtlich der endgültigen Grenzen Gesamtdeutschlands Vorbehalte zur Kenntnis nehmen.

27. Juni 1956

A I a Auswärtige Beziehungen

Fanfani: Schluß mit der Zweiteilung Deutschlands

„Wenn die Rehabilitierung der Opfer von Stalins Tyrannei kein bloßer, grausamer Scherz sein soll“, erklärte der Führer der italienischen christlichen Demokraten, „dann mußten aus den gleichen Gründen auch jene Nationen rehabilitiert werden, die noch unter dem Joch Moskaus sind. Was das anlangt, so erscheint die Stunde gekommen, auch mit Stalins Politik der Zweiteilung Deutschlands Schluß zu machen und die Wiedervereinigung zu begünstigen, ohne sich um das Regime zu kümmern, das sich die vereinten Deutschen in freier Weise wählen wollen.“

Partei sekretär Fanfani, der vor Parteifunktionären sprach, wies darauf hin, daß die Revision des Werkes Stalins nicht nur für die Sowjetunion und den internationalen Kommunismus von Bedeutung sei, sondern sich auch auf das Leben und die Kultur der westlichen Völker auswirken werde. Sie zeige, daß die Kritik des Westens an der kommunistischen Doktrin vorausschauend und gerecht gewesen sei. Jedoch sei der „Fall Stalin“ nicht nur Ergebnis einer bestimmten Situation, so warnte der Führer der größten italienischen politischen Partei, sondern er solle auch nach dem Willen der sowjetischen Machthaber dazu dienen, günstigere Voraussetzungen für den Kommunismus und die sowjetische Expansion in der Welt zu schaffen. „Der scheinbar freie Weg für eine Entscheidung zwischen russischen und ausländischen Kommunisten möge niemanden einschläfern“, eine solche Möglichkeit biete sich zwar als Folge der Absetzung Stalins an, sie könne aber auch eine Handhabe für eine leichtere kommunistische Durchdringung des freien Westens sein.

„Als Rußland noch schwach und umzingelt war“, fuhr Fanfani fort „bedurfte es der Solidarität der kommunistischen Parteien anderer Länder. Heute, da es stark ist, kann es sich den Luxus leisten, diesen Parteien autonome Taktiken zu erlauben. Mehr noch, der gegenwärtig zur Schau getragene russische Pazifismus könnte aus dem Abbruch allzu offensichtlicher Bindungen mit den ausländischen kommunistischen Parteien Nutzen ziehen, um nicht in internationale Komplikationen verwickelt zu werden, die sich beim Ausbruch erwünschter und geförderter örtlicher kommunistischer Revolutionen ergeben könnten“. Fanfani warnte deshalb davor, zu glauben, daß das sowjetische Rußland nach dem 20. Parteikongreß in Moskau seine Welteroberungspläne aufgegeben habe.

27. Juni 1956

A IV 7 a Allgemeines

Investitionshilfe für Kriegsgeschädigte

Die Bundesregierung wird in einem Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ersucht, dem kriegssachgeschädigten gewerblichen Mittelstand und den nicht lastenausgleichsberechtigten Evakuierten im Rechnungsjahr 1956 aus Rückflüssen des ERP-Sondervermögens oder sonstigen Mitteln mindestens 30 Mill. DM als langfristige Darlehen zu bevorzugten Bedingungen für Investitionen, insbesondere Modernisierungs- und Rationalisierungszwecke, über die Lastenausgleichsbank zur Verfügung zu stellen.

27. Juni 1956

Die im Archivteil der „Union in Deutschland“ wiedergegebenen Vorgänge und Meinungsäußerungen bedeuten keine Stellungnahme der Redaktion, sondern dienen lediglich registrierend der Unterrichtung unserer Leser.

Ausgeglicherer Haushalt

von MdB Dr. Rudolf Vogel

Noch kein Haushaltsabschluß der Bundesrepublik hat derartige Schwierigkeiten verursacht wie der von 1956. Der Bundesfinanzminister hatte ihn zu guter Zeit im Oktober 1955 eingebracht. Vom Bundesrat war er verfassungsgemäß noch vor den Weihnachtsferien dem Bundestag zugeleitet worden. Trotz Verzicht auf freie Wochen und intensiver Beratung genehmigte ihn der Haushaltsausschuß erst am 8. Juni 1956.

Komplizierte Bewilligungen für die deutsche Wiederbewaffnung, die Einschaltung des neuen deutschen Agrarprogramms, eine bis dahin noch niemals erlebte Flut neuer Anträge auf erhöhte Ausgaben erschwerten den Abschluß. In ihm mußten auch bereits die voraussichtlichen Steuersenkungen, die die Regierungskoalition selbst während der Haushaltsberatungen im Parlament eingebracht hatte, finanziell mit eingearbeitet werden. Die deutsche Verfassung gestattet eine verärgert gefährliche Praxis im Gegensatz zur britischen. Allerdings muß hier um der Gerechtigkeit willen eingeräumt werden, daß im Zeitpunkt der Einbringung des Haushaltes, also Ende September 1955, das volle Ausmaß der deutschen Hochkonjunktur und die Steigerung der Produktivität und damit auch der Steuereinnahmen nicht präzise vorausgeschätzt werden konnten.

Der jetzt verabschiedete Haushaltsplan drückt das bis jetzt gefundene Kompromiß zwischen all diesen Forderungen in Zahlen aus. Der Vorschlag des Bundesfinanzministeriums sah einen in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushalt von 32,57 Milliarden DM vor. Davon waren allerdings 2,5 Milliarden DM durchlaufende Posten für Besatzungs- und Stationierungskosten. Noch während des Haushaltsjahres wurden nicht weniger als 1,96 Milliarden DM Mehrausgaben vom Parlament neu beschlossen. 1,1 Milliarden DM an Neuausgaben sind weiter noch mit einiger Sicherheit bis zum Ende des Haushaltsjahres 1956 zu erwarten. Diesen Mehrausgaben von zusammen drei Milliarden stehen auf der anderen Seite nur Mehreinnahmen von 342 Millionen gegenüber. Es mußte also ein Defizit von 2,7 Milliarden gedeckt werden. Dies geschah in erster Linie durch höhere Steuervorschätzungen auf Grund der bisherigen Steuereingänge bei Weiterdauer der Produktivitätssteigerung und anderer Operationen. Es blieb aber immer noch ein Betrag von 2,45 Milliarden zu decken.

Der Bundesfinanzminister sah die einzige Deckungsmöglichkeit in einer haushaltsrechtlich sehr interessanten Operation. Schon die beiden vorangegangenen Haushalte waren nur dadurch ausgeglichen, daß man an Stelle von nicht erhältlichen Anleihen durch erhöhte Steuereingänge den Haushalt deckte. Ferner waren die Defizite seit 1951 Jahr für Jahr mitgeschleppt worden. Dies war nur infolge der ungewöhnlich guten Kassenbestände der Bundesregierung bei der Bundesnotenbank möglich, die durch das langsame Tempo der Bewaffnung entstanden sind. Diese hohen Konten gestatteten auch beim Haushalt 1956 dem Bundesfinanzminister, von dem nicht gedeckten Defizit von 2,45 Milliarden nicht

weniger als 1,37 Milliarden durch eine Entnahme aus seinen kurzfristigen Kassenbeständen zu decken. Normalerweise hätte er Anleihen aufnehmen oder eine radikale Senkung der Verteidigungsaufgaben vornehmen müssen. Trotz dieser eben geschilderten Deckungsoperation bleibt noch ein erheblicher Defizitposten von 648 Millionen übrig, der formal durch eine zehnprozentige Sperre fast aller Budgeteinzeltitle eingespart werden soll, eine Maßnahme, deren praktische Realisierung erfahrungsgemäß kaum zu erwarten, die aber haushaltsrechtlich zulässig ist.

Es ist interessant, einen kurzen Blick auf die wichtigsten Mehrausgaben dieses Haushaltes zu werfen. Der Haushaltsausschuß selbst hat, gemessen am Umfang des Gesamthaushaltes, nur relativ geringfügige Änderungen vorgenommen. Die großen Positionen

gehen auf neue Regierungsvorlagen oder Parlamentsbeschlüsse zurück. Es sind rund 900 Millionen Mehrausgaben zur Sanierung der deutschen Landwirtschaft, 632 Millionen erhöhte Aufwendungen für die Kriegsversehrten, Witwen und Waisen, je 200 Millionen für den Kohlenbergbau, die neue Rentenverbesserung, Zuschuß für das Saargebiet, Rückkauf von Schuldurkunden und je 100 Millionen für erhöhte Beamtengehälter, Leistungen für Berlin, Lastenausgleichsabgaben für die Vertriebenen.

Ob der Bundesrat auch dem Gesetzesvorschlag des Bundestages folgen wird, ist völlig offen, da die Länder bislang nur Steuersenkungen zustimmen wollen, die im wesentlichen den Bundeshaushalt allein, nicht aber ihre eigenen Haushalte treffen. Es darf auch keinesfalls übersehen werden, wie außerordentlich belastend die hier nur in einigen Ansätzen in Erscheinung tretenden neuen Mehrausgaben das folgende Haushaltsjahr 1957 treffen werden, in dem die Verteidigungsausgaben ihre volle Höhe erreichen. Jedes Parlament hat freilich jedes Jahr diese Frage von neuem zu lösen.

Rundfunkpolitische Aussprache

über Wellenkonferenz und Rundfunkgesetz

Über eine Sitzung des „Arbeitskreises für Rundfunkfragen“, eines Zusammenschlusses unabhängiger Rundfunkfachleute, geht uns ein Bericht zu, aus dem uns folgende Beratungsgegenstände besonders beachtlich erscheinen:

Für 1959 ist eine neue internationale Rundfunkkonferenz in Aussicht genommen, die als Weltnachrichtenkonferenz ein Gegenstück zur Konferenz von Atlantic City von 1947 sein soll. Es ist eine Tradition, daß der Weltnachrichtenkonferenz ein Jahr später eine Wellenkonferenz folgt. Das ist für die Bundesrepublik wichtig, die bei den letzten heute noch gültigen Kopenhagener Vereinbarungen schwer benachteiligt wurde, da sie nicht selbst beteiligt war, sondern damals noch durch die Besatzungsmächte vertreten wurde. Man hört zwar, daß für eine neue Wellenverteilung keine besonders große Neigung besteht, an einer Neuregelung sind aber außer der Bundesrepublik noch eine ganze Anzahl anderer Staaten interessiert, die ebenfalls sich benachteiligt fühlen. Die Kopenhagener Vereinbarungen sind seinerzeit u. a. von Schweden, Spanien, Portugal und Österreich nicht unterschrieben worden. Aufgabe der zuständigen Stellen der Bundesrepublik müßte es also sein, so wurde in der Sitzung des Arbeitskreises zum Ausdruck gebracht, mit den

Ländern, die Kopenhagen auch heute noch ablehnen, Verbindung aufzunehmen. Für eine neue Wellenkonferenz wäre die Zahl von zwölf Unterschriften nötig. Die Situation hat sich insofern für uns auch etwas günstiger gestaltet, als der Mittelwelle nicht mehr die Bedeutung zukommt, die sie 1948 in Kopenhagen noch hatte. Die Entwicklung der UKW hat auf dem Mittelwellenfeld eine Entlastung gebracht, so daß es durchaus für möglich gehalten wird, mehr Exklusivwellen zu erhalten.

Zu den Bemühungen um eine bundesgesetzliche Regelung des Rundfunks und Fernsehens im Gebiet der Bundesrepublik, die seit vier Jahren laufen, wurde mit Bedauern festgestellt, daß es nicht gelungen ist, die auf Anordnung der Besatzungsmächte entwickelten unterschiedlichen Regelungen in den einzelnen Ländern der Bundesrepublik zu einer den Interessen des Rundfunks und der Hörer gerecht werdenden Ordnung zusammenzufügen. Weder der vom Bundesinnenministerium im Februar 1953 vorgelegte Entwurf für ein Bundesrundfunkgesetz noch die darauffolgende Vorlage der Regierungsparteien haben trotz bemerkenswerter Ansätze zu einer sachdienlichen Lösung geführt. Auch die seit Mitte 1954 aufgenommenen Verhandlungen über Staatsverträge zur Ordnung von Rundfunk und Fernsehen ziehen sich ohne eine bisher feststellbare Einigung hin. Darum sollten die bisher von verschiedenen Interessen bestimmten Verhandlungen durch eine lediglich von der Sache ausgehende Betrachtungsweise abgelöst werden. Der Arbeitskreis für Rundfunkfragen regt dazu eine umfassende objektive Bestandsaufnahme der deutschen Rundfunk- und Fernsehsituation an. Durch Vergleich und Auswertung könnte damit eine breiter fundierte Grundlage für die notwendige Neuregelung geschaffen werden. Für dieses Vorhaben würde der Zeitraum bis zum Arbeitsbeginn des dritten Bundestages vollauf ausreichen.

Aus der Bundestagsfraktion

Der Ausschuß für Verkehr hat mit Mehrheit dem Abkommen über die Gründung der „Eurofima“ (Europäische Gesellschaft zur Finanzierung von Eisenbahnmateriale) zugestimmt. Für die Annahme stimmten die Abgeordneten der CDU/CSU, der DP, der DA und der FDP. Gleichzeitig beschloß der Verkehrsausschuß die Annahme einer Entschließung, wonach sichergestellt werden soll, daß die deutsche Waggonindustrie durch das Abkommen keine Nachteile erleide.

Junge Union besucht Zonenrandgebiet

Am Tag der deutschen Einheit unternahmen ca. 100 Mitglieder der Jungen Union, Kreisverband Marburg-Lahn/Land eine Studienfahrt in das Zonenrandgebiet. Am Freitag zuvor war die Fahrt in einem Tonfilmbild mit Referat über die Lage in der sowjetischen Besatzungszone sorgsam vorbereitet worden. Außerdem hatten zwei Vorstandsmitglieder zwei Wochen vor der Fahrt bereits das Zonenrandgebiet besucht, um das umfangreiche Programm in allen Einzelheiten festzulegen. Nach all diesen Vorbereitungen mußte die Fahrt planmäßig ablaufen und zu einem vollen Erfolg werden.

Erstes Ziel am Sonntagvormittag war Rasdorf, wo Kreisvorsitzender Rödl, Landrat Beck von Hünfeld und Bürgermeister Flach von Rasdorf zu den Fahrtteilnehmern sprachen. Landrat Beck gab einen umfassenden Überblick über die Entwicklung des Kreises Hünfeld als Zonengrenzkreis. Die mit zahlreichem statistischem Material belegten Ausführungen zeigten, daß es der Kreisverwaltung trotz der Zonengrenzlage gelungen ist, die Finanzlage des Kreises im wesentlichen zu sichern, was freilich nur mittels der großen Hilfsbereitschaft seitens der Bundes- und der Landesregierung möglich war. Die Fahrtteilnehmer konnten auf der Fahrt immer wieder feststellen, um wieviel besser die Straßen im Kreis Hünfeld als im Marburger Kreis sind. Auf die Frage der deutschen Wiedervereinigung eingehend, forderte Landrat Beck die Teilnehmer auf, voller Unruhe zu sein, für das Ziel der Wiedervereinigung, aber nicht voller Ungeduld. Bürgermeister Flach begrüßte die Teilnehmer herzlich in seinem Ort und gab gleichfalls einen Einblick in die Lage

von Rasdorf, das unmittelbar an der Zonengrenze gelegen ist. Zuvor hatte Kreisvorsitzender Rödl im Gedenken an den 17. Juni 1953 die Fahrtteilnehmer gemahnt, die Brüder und Schwestern jenseits des eisernen Vorhanges nicht zu vergessen und im persönlichen Kontakt alles Mögliche zu tun, um ihnen die Kraft zu geben, bis zum Tage der Wiedervereinigung auszuhalten.

Nach Besichtigung der Zonengrenze südlich von Rasdorf und bei Sesselbach ging die Fahrt weiter nach Philippssthal, wo vor allem die von der Zonengrenze zerschnittene Buchdruckerei zwischen Philippssthal und Vacha stark beeindruckte und die Unmenschlichkeit dieser Grenze in aller Deutlichkeit vor Augen führte. Auf der Rückkehr wurde in Hersfeld Rast gemacht, um vor allem die Reiseerlebnisse noch einmal zu überdenken. Davon ausgehend befaßte sich Peter Rödl abschließend mit der Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung und setzte sich vor allem mit den Einwänden der Opposition auseinander.

Aus Hessen:

Begleitreden zum Haushaltsplan

Wenn die CDU-Fraktion des Hessischen Landtages sich bei der dritten Lesung des Landesetats veranlaßt sah, diesen Haushaltsplan in der Schlußabstimmung abzulehnen, so waren dafür nicht die Einzelpositionen des Etats maßgebend, sondern übergeordnete politische Gründe, für die der Fraktionsvorsitzende Dr. Großkopf eine sehr ernste und einleuchtende Erläuterung gab.

Der Haushaltsplan ist zwar unter der konstruktiven Mitarbeit der CDU zustande gekommen, und selbst in kulturpolitischen Fragen, in denen die CDU sich von den Anschauungen der in Hessen regierenden SPD ausdrücklich distanziert, hält sie die Möglichkeit einer Annäherung durch einen vertieften offenen Meinungsaustausch nicht für ausgeschlossen, aber es ist für die CDU unmöglich, auf dem traditionellen Wege der Zustimmung zum Etat ihr Vertrauen zu einer Landesregierung zu bekunden, die in den lebenswichtigen Fragen der Außenpolitik und der Wehrpolitik die notwendige Einigkeit der ganzen Nation immer wieder in einer Weise zerredet, die für die gemeinsamen Ziele, vor allem für das übergeordnete Ziel der Wiedervereinigung, zu einer — wie Dr. Großkopf sich ausdrückte — tödlichen Gefahr werden kann. „Die Wiedervereinigung wird einem in sich uneinigen Staate nicht geschenkt werden“, erklärte er, „und nur, wenn wir uns geschlossen hinter unsere außenpolitische Führung stellen, werden wir dieses gemeinsame Ziel erreichen!“

Die in der Form versöhnliche, in der Sache um so entschiedenere Auseinandersetzung des Sprechers der hessischen CDU mit der von der SPD getragenen Landesregierung brachte den klaren Nachweis dafür, wie unberechtigt und zugleich verderblich dieses von der SPD beliebte „Zerreden“ aller bisherigen Lei-

stungen und aller in die Zukunft gerichteten Bestrebungen auf innerpolitischem wie auf außenpolitischem Gebiete ist. Die jüngste Wormser Rede des hessischen Ministerpräsidenten Dr. Zinn (vgl. Uid Nr. 48) hat ein besonders bedenkliches Beispiel für diese zersetzende Methode geboten. Dr. Großkopf sprach sein Bedauern darüber aus, daß der Ministerpräsident seine Autorität dazu benutze, um seine abweichenden Meinungen in eine Form zu kleiden, die zum Widerspruch herausfordere. Auf die agitatorische Behauptung der SPD, es habe sich in den vergangenen Jahren nichts an unserer Sozialstruktur geändert, antwortete Dr. Großkopf mit dem Hinweis auf die bedeutenden sozialen Fortschritte in der Bundesrepublik. Wenn die Arbeiterschaft heute einen wesentlich höheren Anteil am Sozialprodukt genieße als vor dem Kriege, so sei das eine sehr beachtliche Änderung unserer Sozialstruktur, und wenn wir trotz der Hochkonjunktur immer wieder auf so viel Unzufriedenheit stoßen, so liege darin ein psychologisches Zeichen der Zeit, das zu ersten Bedenken Anlaß gibt. Auch das Land Hessen habe erheblich von den Leistungen der Bundespolitik profitiert, und es sei nicht angängig, trotzdem die Voraussetzungen dieser Bundespolitik zu negieren.

Noch viel größer ist die Gefahr des „Zerredens“ in der Außenpolitik. Dr.

Großkopf erinnerte die SPD daran, wie der Berliner Bürgermeister Prof. Reuter die Leistung der Amerikaner anerkannt hat, die mit der Luftbrücke Berlin vor dem Verhungern geschützt haben. Wie könne man dann die eigene Verteidigungspflicht in Zweifel ziehen? Vor allem aber bedauerte er es, daß die Sozialdemokraten mit ihrem ständigen Trommelfeuer die ohnehin so schwierige Politik der Wiedervereinigung immer aufs neue erschweren. Nur durch eine Stärkung des deutschen Ansehens in der Welt werden wir auf diesem Wege weiterkommen, und nur durch gemeinsames Ringen um die Wiedervereinigung können wir uns dem Ziele nähern.

Kurz belichtet:

Die deutsche Industrie hat in der letzten Zeit einen neuen bemerkenswerten Erfolg buchen können. Die Malik Brothers Ltd. in Lahore (Pakistan) hat der AEG einen Großauftrag auf Lieferung und Errichtung von zwei Turbo-Generatoren erteilt, die für das Kraftwerk „Multan Power Station“ bestimmt sind. Dieses Kraftwerk ist die größte industrielle Anlage, die bisher in Pakistan erstellt wurde. Es soll u. a. Erdgas aus der Stadt Sui verarbeiten. Die Bauarbeiten sind bereits im Gange und sollen bis 1959 beendet sein. Die Kosten dieser Riesenanlage werden auf rund 30 Millionen DM geschätzt. Der deutsche Auftrag hat allein einen Wert von 12 Millionen DM. Die Turbinensätze sollen eine Leistung von je 65 000 kWh haben. Gleichzeitig mit diesem Auftrag wurden bei einer deutschen Firma in Wuppertal/Gummersbach die Kessel für das künftige Kraftwerk bestellt. Über die Vergabe des Restes des gesamten Objektes schweben noch Verhandlungen.

Einer Verstärkung der Handelsbeziehungen zu überseeischen Ländern dienen u. a. auch die Besprechungen, die letzthin mit einer pakistanischen Handelskommission und mit Neuseeland gepflogen wurden. Neben einer Aussprache über beiderseits interessierende Handelsfragen ging es auch um die Aufstellung neuer Warenlisten für die Einfuhr neuseeländischer Agrarprodukte in die Bundesrepublik.

Ein Verordnungsentwurf der Bundesregierung sieht für die kommenden Jahre regelmäßige statistische Erhebungen der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, und zwar sowohl der familieneigenen als auch der Lohnarbeitskräfte vor. Grundenerhebungen, die im August der Jahre 1956 und 1958 erfolgen, sollen maximal 10 % der landwirtschaftlichen Betriebe ab 0,5 ha erfassen. Daneben sind von September 1956 bis Juli 1958 und von September 1958 bis Juli 1959 Monatserhebungen vorgesehen mit Erfassung von jeweils etwa 1 % der Betriebe. Erstmals im Jahre 1956 sollen auch die Zahlen der Renten- und Pensionsbezieher sowie der alters- und krankenversicherten Personen unter den landwirtschaftlichen Familienarbeitskräften festgestellt werden.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Nassestr. 2 — Verlag und Vertrieb: Argelandstr. 173 — Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schließfach 102 — Banken: Bundesgeschäftsstelle der CDU Bonn, Postcheck-Konto Köln 365 31; Bankverein Westdeutschland, Bonn Nr. 74 87.
Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei